



Mehr Engagement gewünscht mit Eigenverantwortung als zentralem Wert

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Alexander Frind: Projektleiter

Katrin Wattenhofer: Projektassistentin

José Kress: Projektassistent

Laura Salathe: Projektassistentin

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Noah Herzog: Sekretariat und Administration

Bern, 3. Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

1	MANDAT	4
2	THEMENBEURTEILUNG UND INDIVIDUELLER BEITRAG ZUM UMWELT- UND KLIMASCHUTZ.....	6
3	AKZEPTANZ STOSSRICHTUNGEN DER KLIMA- UND UMWELTPOLITIK.....	10
4	BEURTEILUNG MASSNAHMEN AUSGEWÄHLTE POLITIKBEREICHE.....	14
4.1	Bereich Verkehr	14
4.2	Bereich Gebäude	17
4.3	Bereich natürliche Lebensgrundlagen.....	18
4.4	Bereich Industrie.....	21
4.5	Bereich Strom/Energie	23
5	SYNTHESE.....	25
6	ANHANG	26
6.1	Übersicht meinungswirksame Massnahmen auf künftiges Engagement FDP	26
6.2	gfs.bern-Team	28

1 Mandat

Die FDP.Die Liberalen beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer Mitgliederbefragung. Die Studie wurde als Online-Befragung mit brieflichem Einladungsschreiben zwischen dem 1. April und 23. April 2019 realisiert. Im Fokus der Befragung standen neben der Themenwahrnehmung und Beurteilung der Wirksamkeit individueller Massnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz auch die Beurteilung konkreter Stossrichtungen in ausgewählten Politikbereichen. Der vorliegende Bericht verdichtet die wichtigsten Erkenntnisse und schliesst die Berichterstattung ab. Die untenstehende Tabelle gibt Auskunft über die technischen Details der Befragung:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	FDP.Die Liberalen
Grundgesamtheit	Mitglieder der FDP.Die Liberalen
Datenerhebung	online
Art der Stichprobenziehung	selbstpartizipatives Verfahren
Befragungszeitraum	1. April bis 23. April 2019
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 14'198
Stichprobenfehler	±0.8 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

©gfs.bern, FDP Mitgliederbefragung Klima- und Umweltpolitik, April 2019

Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 14'198	±0.8 Prozentpunkte	±0.7 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

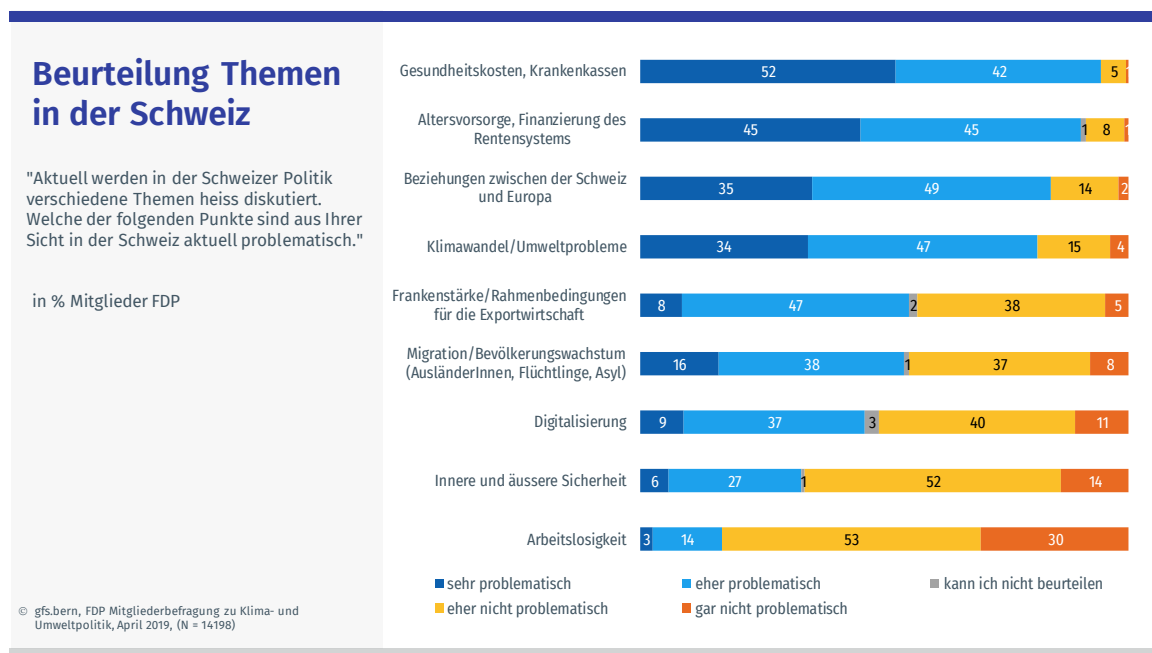
Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen in Gruppen vor, in denen weniger als 50 Fälle vorliegen.

Bei der Datenanalyse haben wir unter anderem die lineare Regressionsanalyse verwendet. Die Regressionsanalyse klärt den Einfluss eines Variablensets auf eine weitere Variable. Das ist beispielsweise der Fall, wenn man den Einfluss von Argumenten auf den Stimmentscheid klären will.

2 Themenbeurteilung und individueller Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz

Aktuell wird die Themenagenda der Mitglieder der FDP vom Gesundheitssystem, den Sozialwerken und den Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa dominiert, die Unterschiede in der wahrgenommenen Dringlichkeit der Top-Themen sind allerdings nur gering. Der Klimawandel und Umweltprobleme stehen an vierter Stelle und haben damit einen hohen Stellenwert:

Grafik 1



Die Problematisierung des Themas Umwelt und Klimawandel ist über alle Altersgruppen hinweg hoch. Unterschiede in der Bewertung zwischen weiblichen und männlichen Mitgliedern sind ebenfalls nur gering.

Die hohe mediale Aufmerksamkeit für das Thema Klima- und Umweltpolitik spiegelt sich auch im Informationsstand der Mitglieder der FDP. Die Liberalen. Ein gutes Fünftel der Mitglieder fühlt sich sehr gut informiert, weitere 64 Prozent eher gut.

In der Basis der FDP wird der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel deutlich wahrgenommen und gegenläufige Meinungen werden klar minderheitlich geäussert (16%). Eine proaktive Klimapolitik wird mit grosser Mehrheit gewünscht und als Chance für die Wirtschaft verstanden. Wirtschaftliche Nachteile werden nur von einer Minderheit der Mitglieder erwartet (17%).

Grafik 2

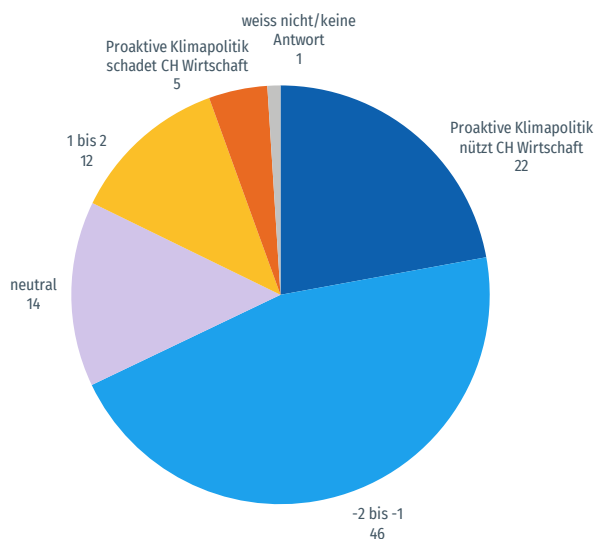
Aussagen zum Klimawandel

"Wenn Sie mit der ersten Position übereinstimmen, wählen Sie die Zahl -3 oder nahe bei -3. Wenn Sie mit der zweiten Position übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 3 oder eine Zahl nahe bei 3."

Eine proaktive Klimapolitik nützt der Schweizer Wirtschaft.
versus
Eine proaktive Klimapolitik schadet der Schweizer Wirtschaft.

in % Mitglieder FDP

© gfs.bern, FDP Mitgliederbefragung zu Klima- und Umweltpolitik, April 2019, (N = 14198)



Eigenverantwortung ist auch hinsichtlich des Umwelt- und Klimaschutzes ein zentraler Wunsch der FDP-Mitglieder:

Grafik 3

Aussagen zum Klimawandel

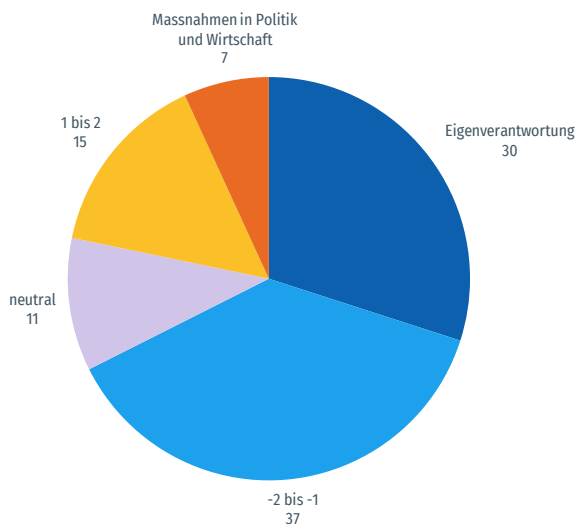
"Wenn Sie mit der ersten Position übereinstimmen, wählen Sie die Zahl -3 oder nahe bei -3. Wenn Sie mit der zweiten Position übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 3 oder eine Zahl nahe bei 3."

Wir sollten mehr Eigenverantwortung übernehmen und in erster Linie bei unserem Konsum und Verhalten ansetzen.

versus
Um wirklich etwas zugunsten des Klimas zu erreichen, kann ich mit meinem Verhalten wenig beitragen. Es braucht in erster Linie Massnahmen der Politik und der Wirtschaft.

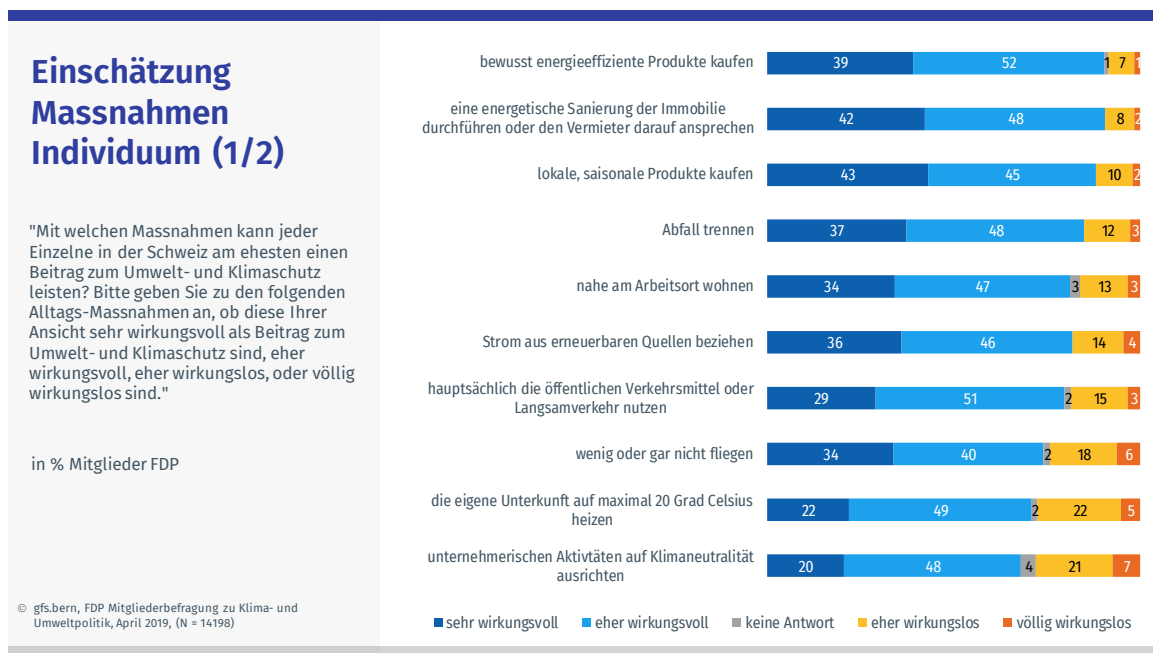
in % Mitglieder FDP

© gfs.bern, FDP Mitgliederbefragung zu Klima- und Umweltpolitik, April 2019, (N = 14198)



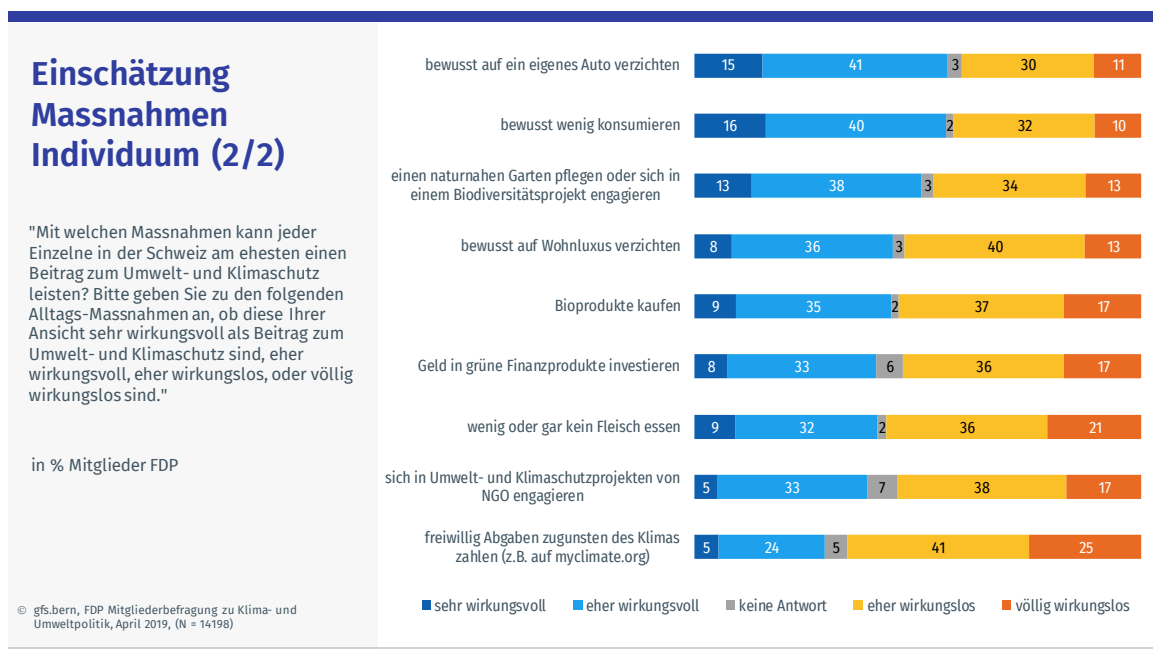
Gut zwei Drittel der Mitglieder wollen durch ihr eigenes Verhalten und Konsum einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. So sind die Mitglieder hinsichtlich vieler alltäglicher Massnahmen überzeugt, dass diese einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten können:

Grafik 4



Energieeffizienz und lokales Einkaufen gehören zu den am wirksamsten beurteilten Massnahmen. Reisen mit dem öffentlichen Verkehr und der Verzicht auf Flugreisen werden ebenfalls mehrheitlich als sinnvoll beurteilt, ebenso der bewusste Verzicht auf ein eigenes Auto. Anklang findet auch die Haltung, die unternehmerischen Aktivitäten auf Klimaneutralität auszurichten.

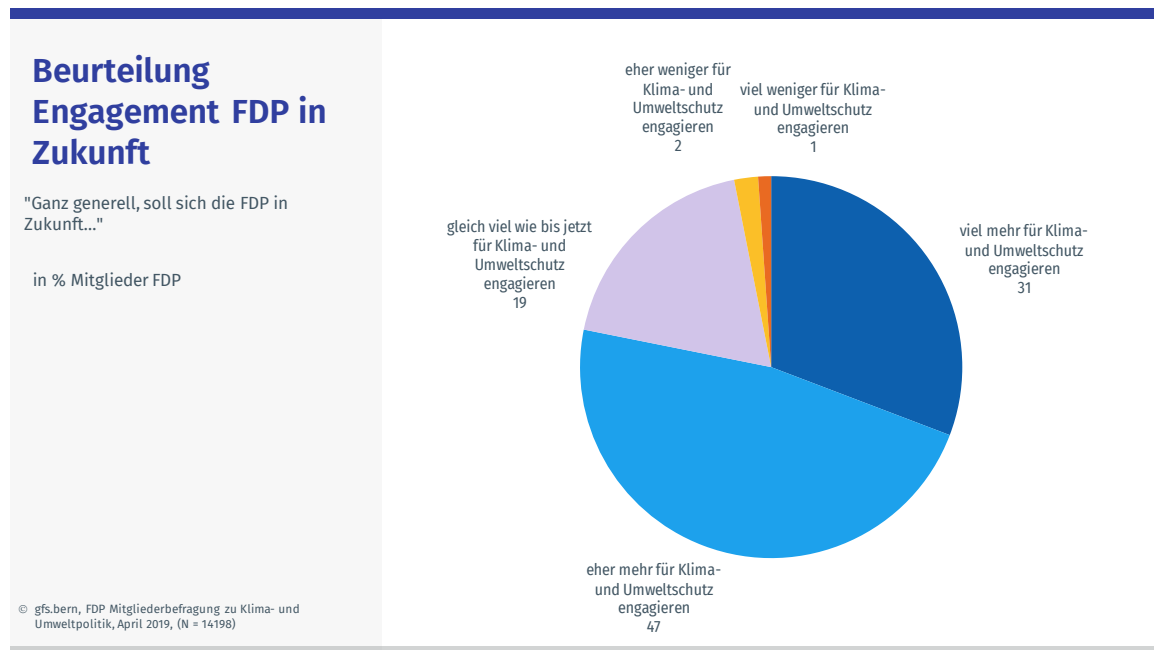
Grafik 5



Freiwillige Abgaben zugunsten des Klimas oder der Verzicht auf Fleisch sind für die Mitglieder weniger stark ein Thema und werden mehrheitlich abgelehnt.

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der Massnahmen wünschen sich die Mitglieder mehrheitlich mehr Engagement der Partei beim Thema Umwelt- und Klimaschutz. 78 Prozent der Mitglieder befürworten ein solches Mehrengagement:

Grafik 6



Weibliche Mitglieder wünschen sich leicht überdurchschnittlich mehr Aktivität von der Partei (81%), nach Alter aufgeschlüsselt ist der Wunsch bei den 40- bis 64-Jährigen am stärksten ausgeprägt.

In allen Sprachregionen ist eine Mehrheit der Mitglieder für mehr Engagement der Partei in Umwelt- und Klimafragen in Zukunft und Unterschiede in der Zustimmungshöhe sind nur gering.

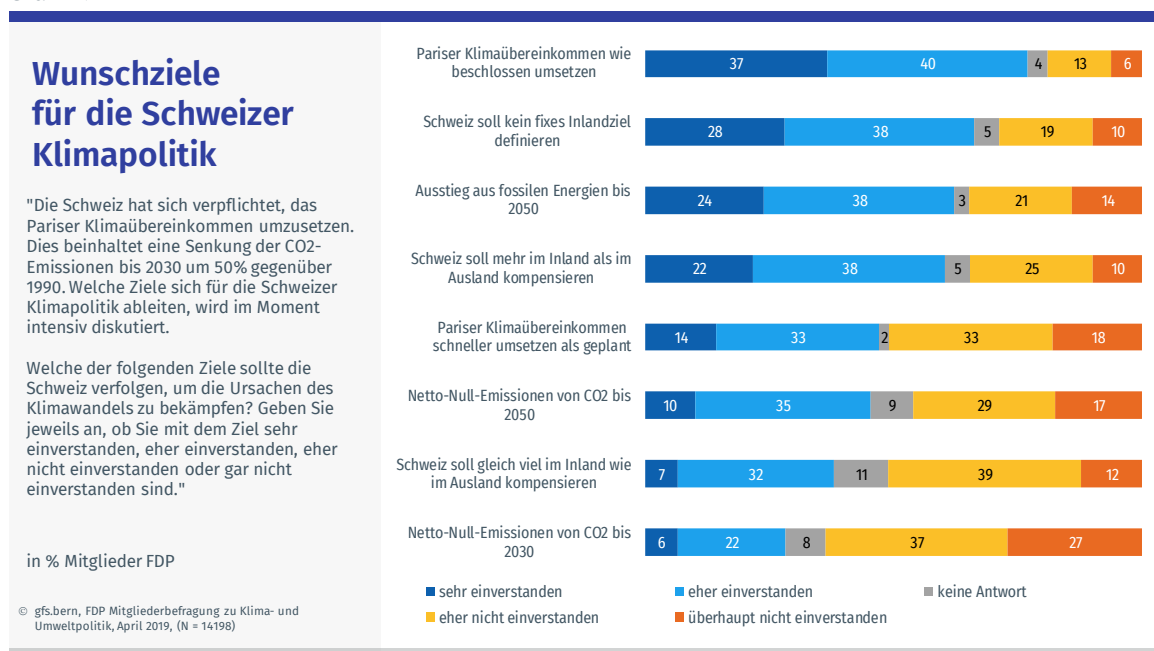
3 Akzeptanz Stossrichtungenen der Klima- und Umweltpolitik

Die Brille, durch welche die Mitgliederbasis die Klima- und Umweltpolitik der Schweiz betrachtet, ist klar von liberalen Werten geprägt. So gehören Eigenverantwortung durch Transparenz von Produkten und Aktivitäten, die Beseitigung von Marktverzerrungen und das Verursacherprinzip zu den am stärksten akzeptierten Stossrichtungen für politische Massnahmen.

Strengere Vorschriften gegen umweltschädliche Technologien und Verhaltensweisen werden von einer Mehrheit der Mitglieder befürwortet. Technologieverbote werden aber mehrheitlich abgelehnt. Staatlicher Förderung von Forschung zu nachhaltigen Technologien gegenüber zeigen sich die Mitglieder mit grosser Mehrheit offen, wobei die Zustimmung dort in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz etwas höher ist als in der Deutschschweiz.

Als unmittelbares Ziel priorisieren die Mitglieder die Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens, wie es beschlossen wurde:

Grafik 7

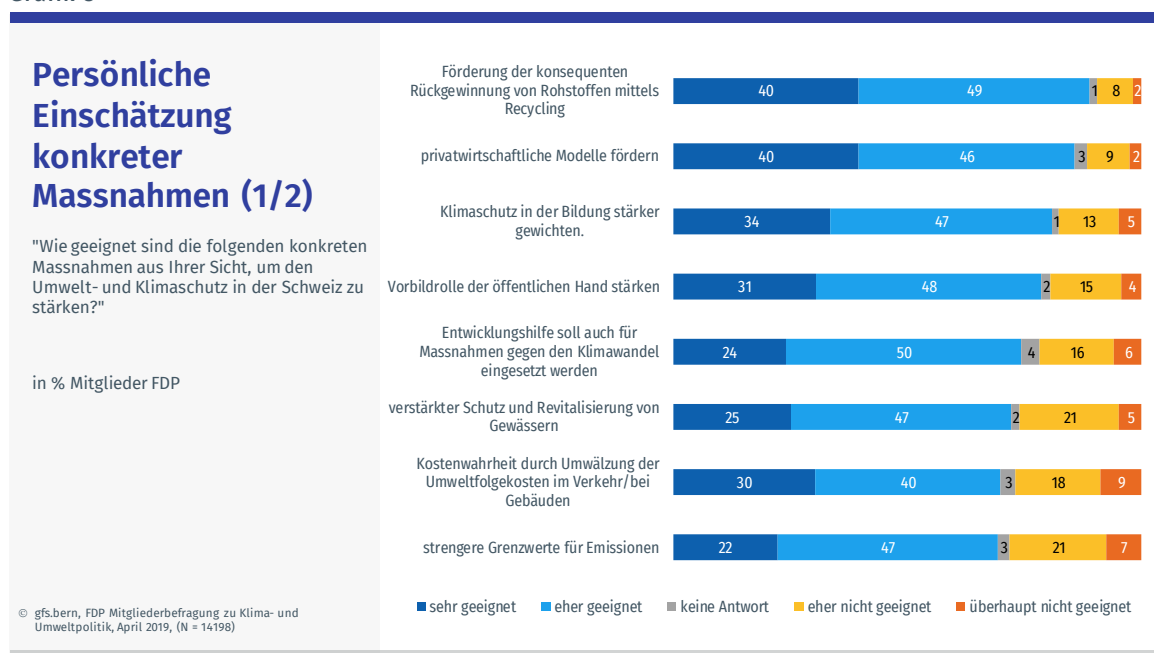


Wichtig ist den Mitgliedern, dass für die Schweiz kein fixes Inlandziel definiert wird, mehr im Inland als im Ausland kompensiert wird und der Ausstieg aus fossiler Energie bis 2050 vollzogen wird.

Zunehmend schwieriger haben es alle Massnahmen, die über das Pariser Klimaabkommen hinausgehen: Knapp gespalten ist die Basis im Hinblick auf eine Beschleunigung der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, denn 47 Prozent der Mitglieder könnten sich eine schnellere Umsetzung vorstellen. Umstritten sind auch Netto-Null-Emissionen bis 2050, denn je fast die Hälfte befürwortet oder lehnt die Massnahme als Ziel für die Schweizer Klimapolitik ab. Ein gleich hohe Inlands- wie Auslandskompensation sowie Netto-Null-Emissionen bis 2030 werden mehrheitlich verworfen.

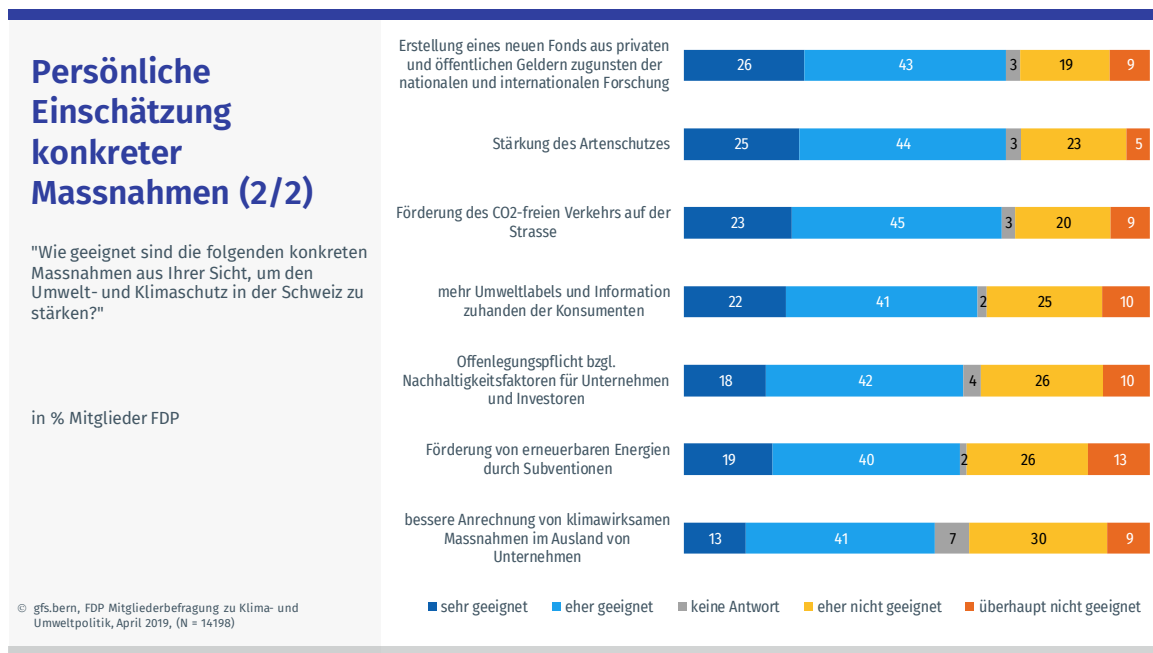
Die Zustimmung zu den im Rahmen der Befragung diskutierten konkreten Stossrichtungen ist breit, denn alle abgefragten Massnahmen erhalten eine Zustimmungsmehrheit:

Grafik 8



Zu den Top-Massnahmen gehören aus der Sicht der Mitglieder die Förderung von Recycling, privatwirtschaftlichen Modellen und einer höheren Gewichtung des Klimaschutzes in der Bildung sowie einer stärkeren Vorbildrolle der öffentlichen Hand.

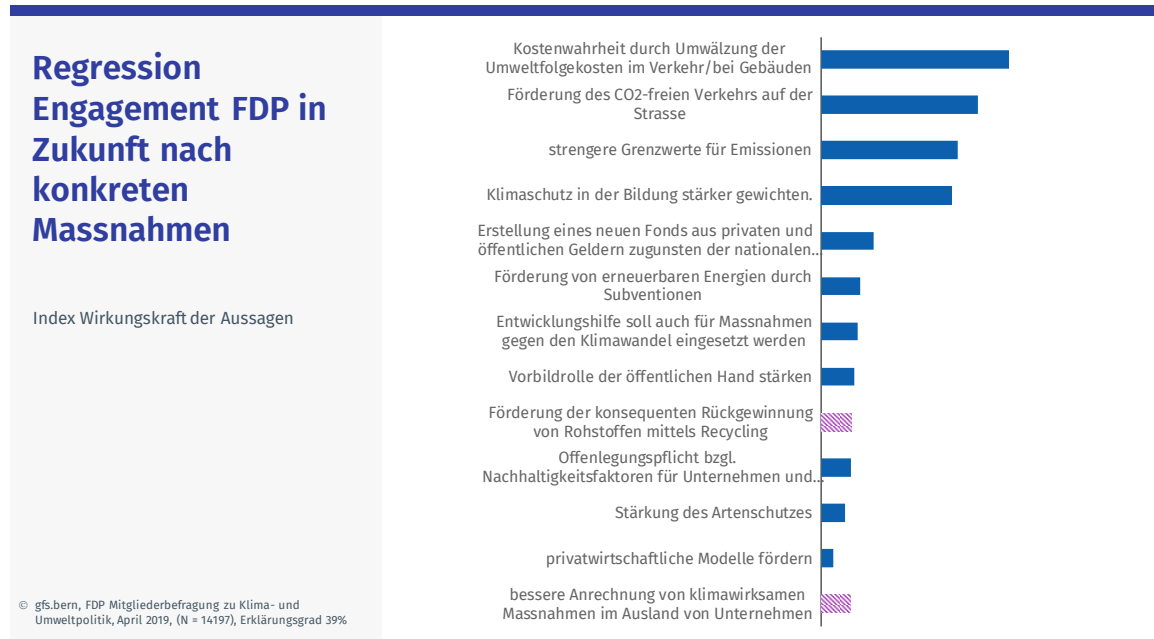
Grafik 9



In den Sprachregionen zeigen sich feine Unterschiede in der Hierarchie der Massnahmen. In allen drei Sprachregionen gehören die Förderung von Recycling und privatwirtschaftlicher Modelle zu den Top-Massnahmen. In der französischsprachigen Schweiz wird jedoch die Transparenz besonders hoch geschätzt und eine überdurchschnittliche Mehrheit befürwortet mehr Umweltlabels und Konsumenteninformation (88%). In der italienischsprachigen Schweiz würde man häufiger auf den Schutz und die Revitalisierung von Gewässern setzen (85%). Im Vergleich mit den beiden anderen Sprachregionen findet das Verursacherprinzip in der Deutschschweiz in Form von Kostenwahrheit durch Umwälzung im Verkehr und bei Gebäuden besonderen Anklang. Dafür ist der Förderungsaspekt weniger stark ausgeprägt, denn nur etwas mehr als die Hälfte sehen in der Subvention von Erneuerbaren eine hohe Eignung. In den andern Sprachregionen liegt die Zustimmung bei mehr als drei Vierteln.

Aufgrund der hohen Zustimmung zu allen Massnahmen drängt sich eine weiterführende Analyse auf um zu untersuchen, welche Massnahmen konkret den Wunsch nach mehr Engagement der Partei in Klima- und Umweltfragen fördern. Eine Regressionsanalyse bietet diese Differenzierungsmöglichkeit:

Grafik 10



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: konkrete Massnahmen zur Stärkung des Klima- und Umweltschutzes in der Schweiz) auf eine abhängige Variable (Wunsch nach mehr Engagement). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer hohen (blau) oder eher zu tiefen Zufriedenheit (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

So zeigt sich, dass die Verwirklichung des Verursacherprinzips den stärksten Einfluss auf den Wunsch nach mehr Engagement der FDP hat. Je stärker man der Massnahme zustimmt, dass Umweltfolgekosten im Verkehr und bei Gebäuden umgewälzt werden, desto stärker wünscht man sich mehr Engagement der Partei. Einen ähnlich starken Einfluss üben auch die Zustimmung zur Förderung des CO₂-freien Verkehrs, strengere Grenzwerte für Emissionen und eine stärkere Gewichtung des Klimaschutzes in der Bildung aus. Die übrigen Massnahmen haben nur einen vergleichsweise schwachen positiven Einfluss. Wer sich dagegen für die Förderung von Recycling ausspricht oder eine bessere Anrechnung von klimawirksamen Massnahmen im Ausland von Unternehmen möchte, wünscht sich weniger Engagement von der Partei. Das Modell erklärt 39 Prozent der Unterschiede in den Meinungen bezüglich des Engagements der FDP, was einem mittleren Erklärungsgrad entspricht. Es zeigt aber, dass eine hohe inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema stattfindet.

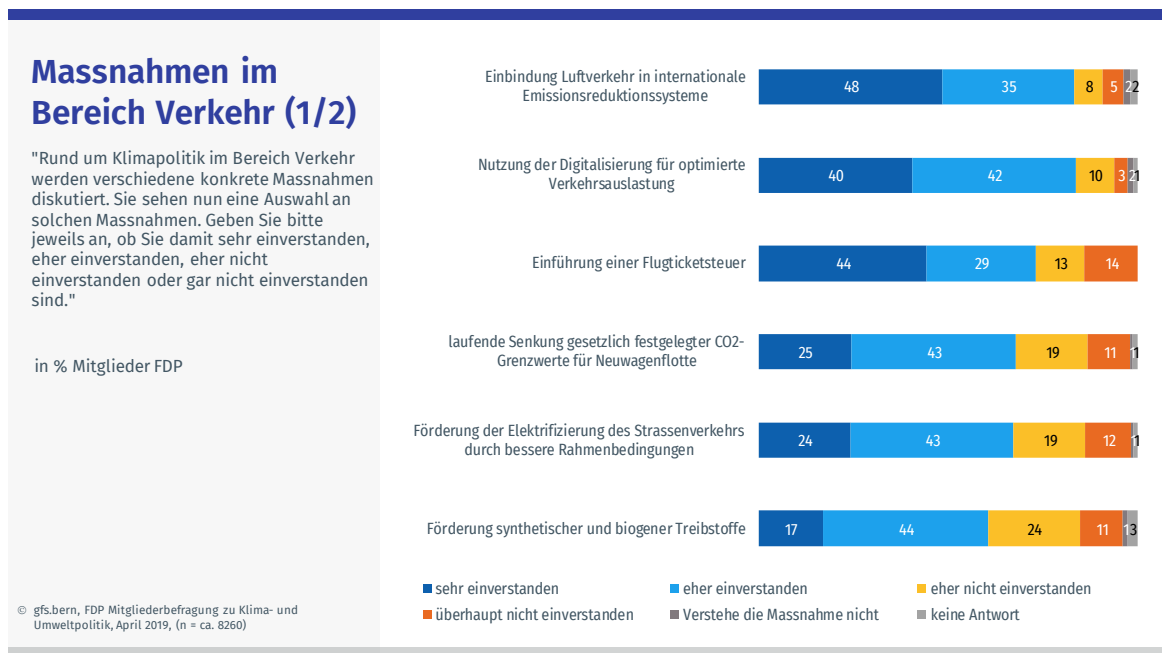
4 Beurteilung Massnahmen ausgewählte Politikbereiche

Von den konkreten Politikbereichen wünschen sich die Mitglieder der FDP grundsätzlich in allen Detailgebieten mehr Engagement, am meisten in den Bereichen Strom/Energie und Verkehr. Auch in den übrigen Politikbereichen ist die Zustimmung mit einem Anteil von mindestens drei Vierteln der Befragten ausgesprochen hoch.

4.1 Bereich Verkehr

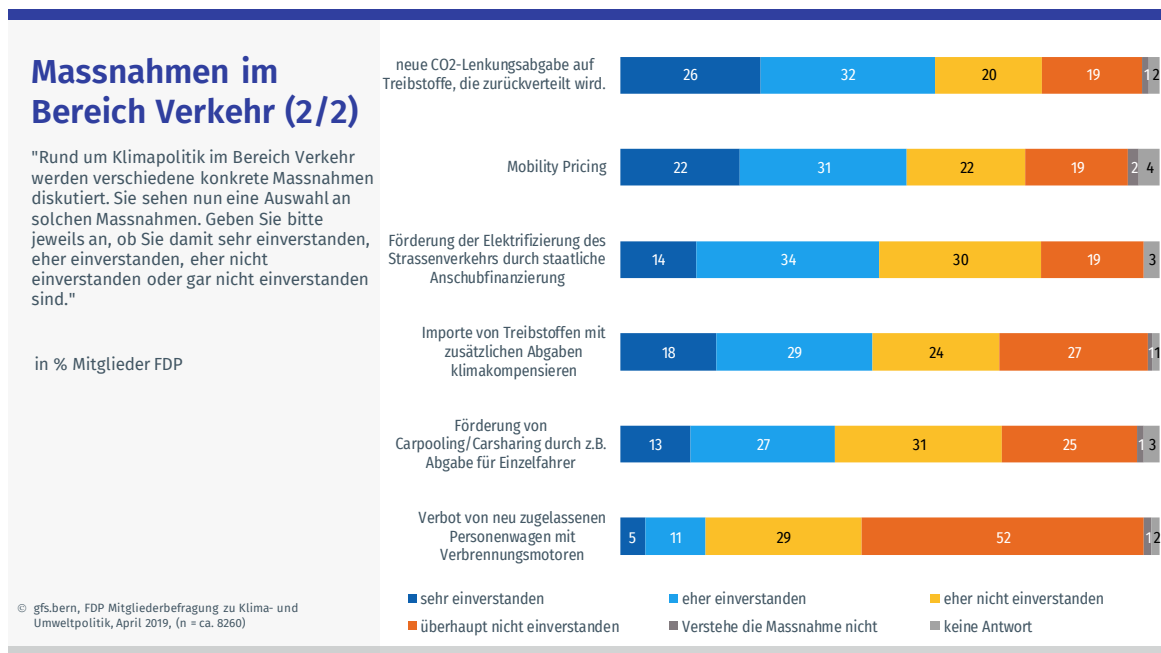
Eine Priorität setzen die Mitglieder im Bereich Verkehr in Bezug auf die Luftfahrt und die Digitalisierung. So besteht der mehrheitliche Wunsch, dass der Luftverkehr in internationale Emissionsreduktionssysteme eingebunden wird (83%). Auch die Einführung einer Flugticketsteuer stösst auf breite Akzeptanz (73%). In der Verbesserung von Verkehrsflüssen durch die Digitalisierung sieht die Basis ein grosses Potenzial (82%). Zusätzlich wird auch die Senkung gesetzlicher CO₂-Grenzwerte für Neuwagen und die Förderung der Elektrifizierung des Strassenverkehrs durch verbesserte Rahmenbedingungen begrüsst (68% respektive 67%).

Grafik 11



Eine Mehrheit findet auch eine neue CO₂-Abgabe auf Treibstoffe, die zurückverteilt wird und das Mobility Pricing. Gespalten sind die Mitglieder aber in Bezug auf die Förderung der Elektrifizierung des Strassenverkehrs durch staatliche Anschubfinanzierung. Nur wenig Potenzial sieht man in der Förderung von Carpooling oder Carsharing und ein Verbot von Neuwagen mit Verbrennungsmotoren wird klar abgelehnt.

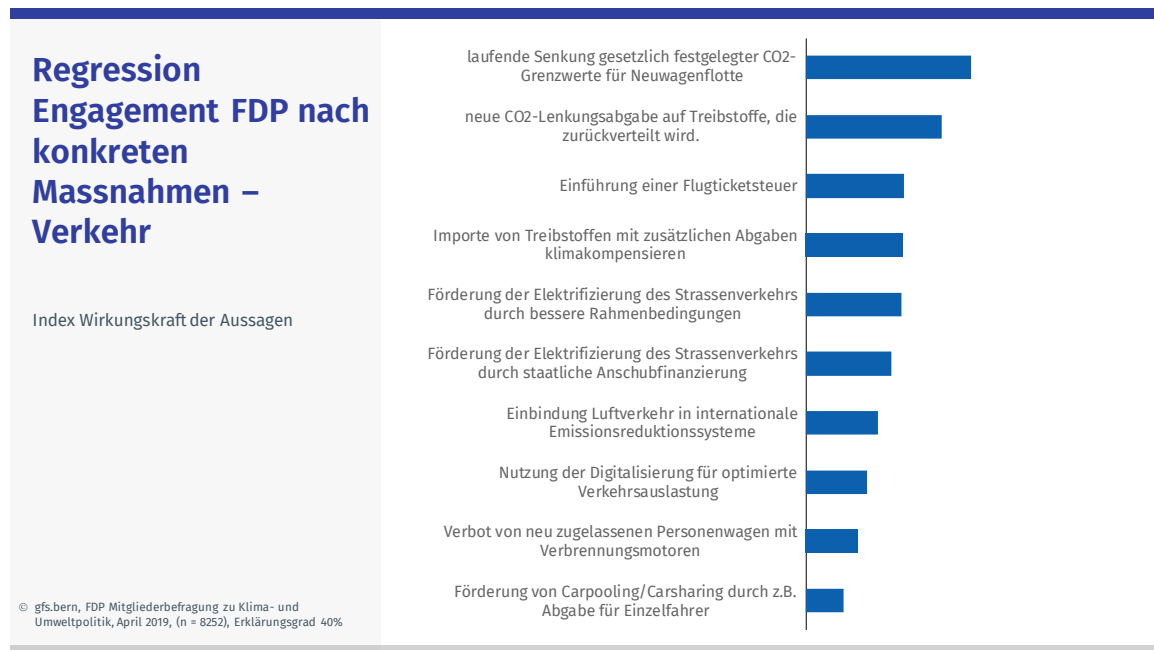
Grafik 12



In den Sprachregionen werden die Massnahmen jeweils ähnlich hoch gewichtet, bei einigen Massnahmen zeigen sich aber Abweichungen in der Zustimmung. So wird in der Deutschschweiz die Notwendigkeit der Einbindung des Luftverkehrs besonders betont (86%) und auch für die Einführung einer neuen Lenkungsabgabe auf Treibstoffe, die zurückverteilt wird, findet eine deutliche Mehrheit (62%). In der italienischsprachigen Schweiz sind die Mitglieder etwas weniger deutlich für die Einführung einer Flugticketsteuer (56%), während diese Massnahme in der französisch- und deutschsprachigen Schweiz mit 69 respektive 74 Prozent begrüsst würde.

Die Regressionsanalyse zeigt, dass der Wunsch nach mehr Engagement der Partei im Bereich Verkehr am stärksten durch eine Senkung der gesetzlich festgelegten CO₂-Grenzwerte für Neuwagen gefördert wird. Die CO₂-Lenkungsabgabe gehörte zwar zu den mehrheitlich geteilten Elementen, war jedoch nicht das stärkste Argument. Unter Berücksichtigung des Einflusses der übrigen Massnahmen auf den Wunsch nach mehr Engagement ist sie jedoch das zweitstärkste Element, direkt gefolgt von der Abgabe auf Flugtickets. Die am meisten geteilten Massnahmen wie die Einbindung der Luftfahrt oder die Digitalisierung entfalten dagegen eine etwas schwächere Meinungsbildungskraft.

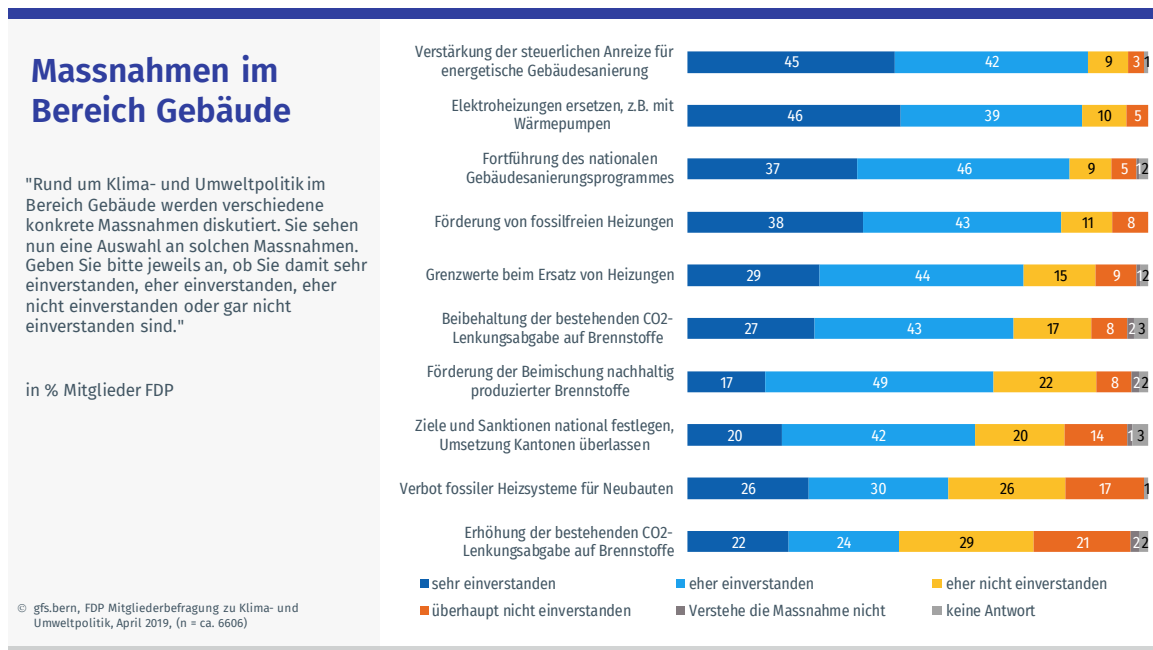
Grafik 13



4.2 Bereich Gebäude

Im Bereich Gebäude wünschen sich die Mitglieder in erster Linie, dass verstärkt auf steuerliche Anreize für energetische Sanierungen gesetzt wird und Elektroheizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden. An dritter Stelle steht für die Mitglieder die Fortführung des nationalen Gebäudesanierungsprogramms. Auch für die übrigen Massnahmen finden sich in der Mitgliederbasis klare Mehrheiten, inklusive eines Verbots fossiler Heizsysteme für Neubauten (56% Zustimmung). Damit ist die ansonsten generelle Ablehnung von Verbotshaltungen im Bereich Gebäude etwas weniger klar.

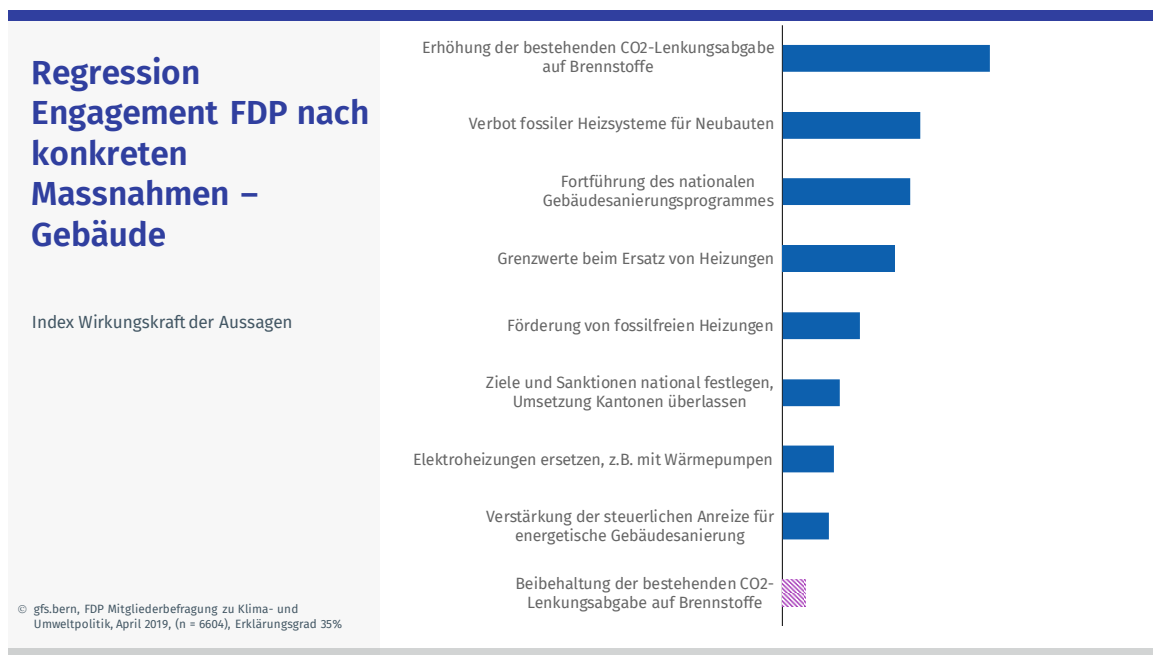
Grafik 14



Die Mehrheitsverhältnisse zu allen Massnahmen sind in den Sprachregionen identisch, in der Deutschschweiz werden die Förderung fossilfreier Heizungen oder ein Verbot fossiler Heizsysteme bei Neubauten im Vergleich mit den anderen Sprachregionen aber weniger stark geteilt. Dafür spricht man sich in der deutschsprachigen Schweiz überdurchschnittlich für eine Erhöhung der bestehenden Lenkungsabgabe auf Brennstoffe aus (DCH: 47%, FCH: 36%, ICH: 33%).

Der Wunsch nach mehr Engagement der FDP im Bereich Gebäude wird am stärksten durch die Zustimmung zur Lenkungsabgabe auf Brennstoffe und ein Verbot fossiler Heizsysteme für Neubauten gefördert. Ähnlich stark wirkt an dritter Stelle auch das nationale Gebäudesanierungsprogramm. Wer damit einverstanden ist, hat im Schnitt auch einen grösseren Wunsch nach mehr Aktivität der Partei. Wer sich dagegen für die Beibehaltung der geltenden CO2-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe ausspricht, wünscht sich dagegen nicht mehr Engagement der Partei.

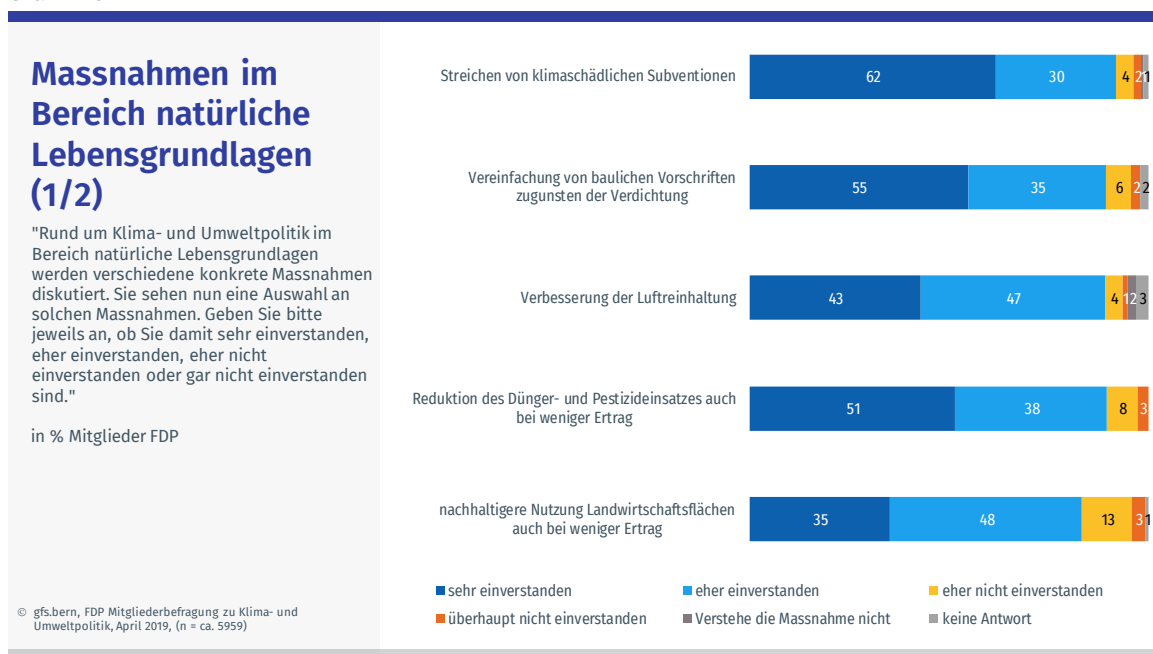
Grafik 15



4.3 Bereich natürliche Lebensgrundlagen

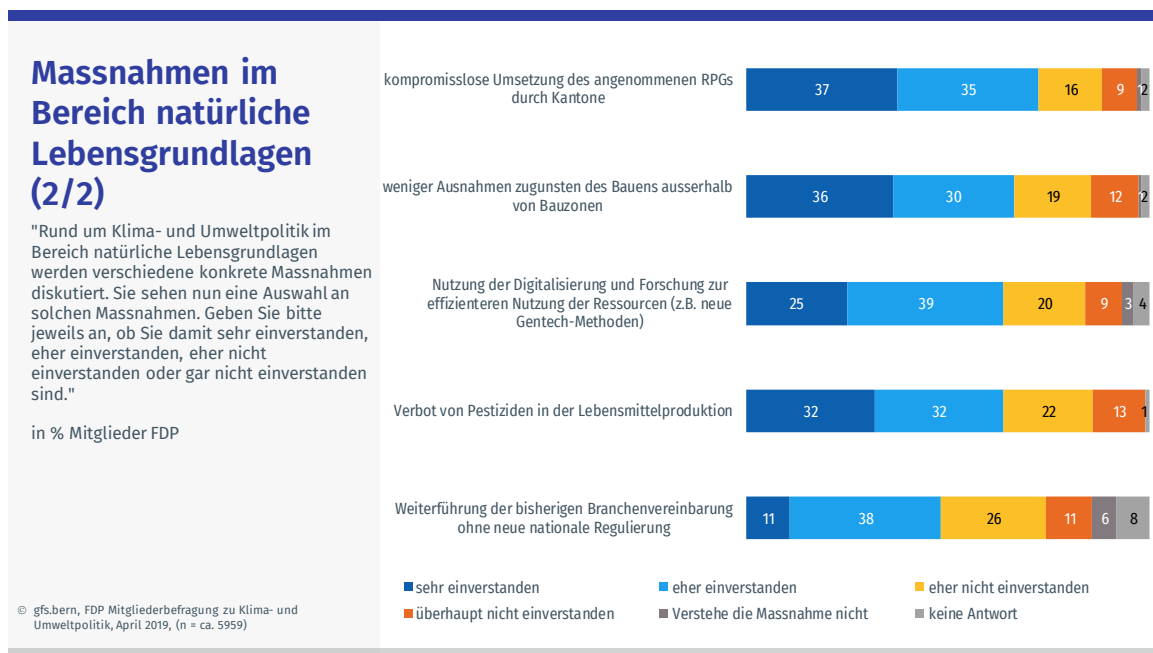
Die natürlichen Lebensgrundlagen sehen die Mitglieder am ehesten geschützt, wenn klimaschädliche Subventionen gestrichen werden. Daneben gehören die Vereinfachung von baulichen Vorschriften und die Verbesserung der Luftreinhaltung zu den drei wichtigsten Massnahmen.

Grafik 16



Alle übrigen Massnahmen erhalten ähnlich hohe Zustimmungswerte, wobei die Weiterführung der bisherigen Branchenvereinbarung nur eine relative Mehrheit erhält (49% Zustimmung).

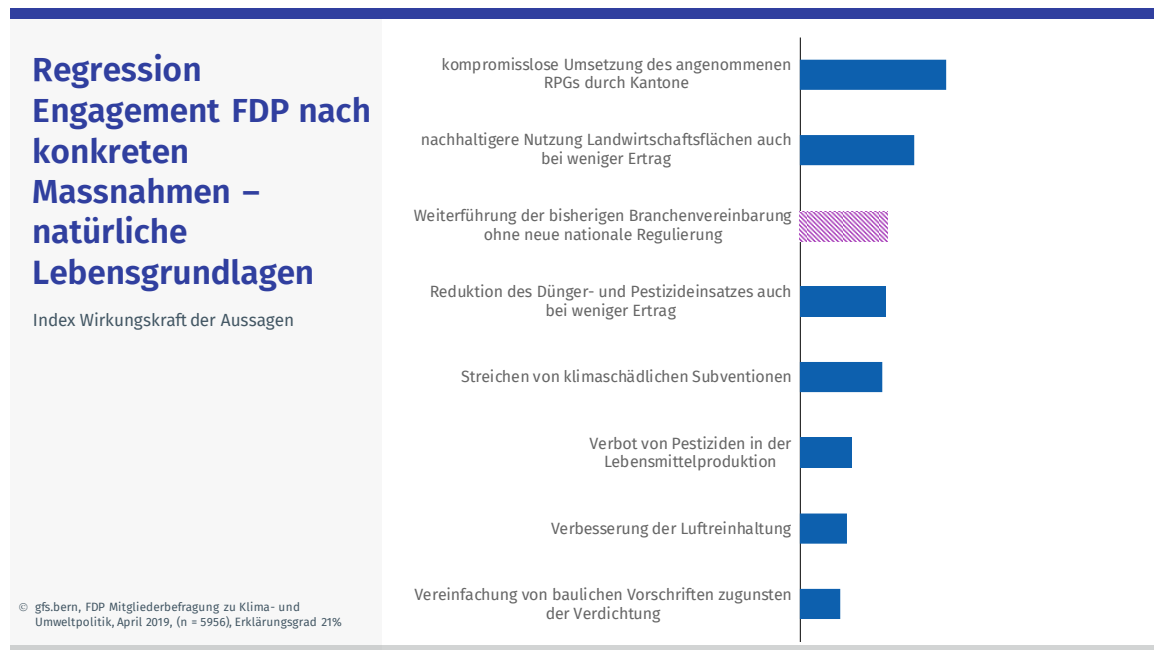
Grafik 17



Schlüsselt man die Zustimmung zu den einzelnen Massnahmen nach Sprachregion auf, wird der Beitrag der Digitalisierung in der deutschsprachigen Schweiz am höchsten eingeschätzt. 67 Prozent der Mitglieder in dieser Region stimmen zu, dass die Digitalisierung und Forschung zu effizienteren Nutzung der Ressourcen eine sinnvolle Massnahme ist. In den beiden anderen Sprachregionen findet diese Massnahme keine Zustimmungsmehrheit. In der französischsprachigen Schweiz ist man mehrheitlich der Ansicht, dass die Weiterführung der bisherigen Branchenvereinbarung ohne neue nationale Regulierung eine geeignete Massnahme ist. In den beiden anderen Landesteilen findet dies keine absolute Mehrheit.

In der Regressionsanalyse zeigen sich der Wunsch nach Umsetzung des Raumplanungsgesetzes und die Zustimmung zur nachhaltigeren Nutzung der Landwirtschaftsflächen als stärkste Treiber für mehr Engagement der Partei. Wer sich für die Weiterführung der geltenden Branchenvereinbarung ohne neue nationale Regulierung ausspricht, wünscht hingegen weniger Engagement von der Partei. Das Modell erklärt jedoch nur 21 Prozent der Unterschiede in den Antworten zum Engagement im Bereich natürlicher Lebensgrundlagen. Das deutet darauf hin, dass die Haltung für oder gegen mehr Engagement in diesem Bereich nicht ausschliesslich auf der inhaltlichen Auseinandersetzung mit konkreten Massnahmen beruht.

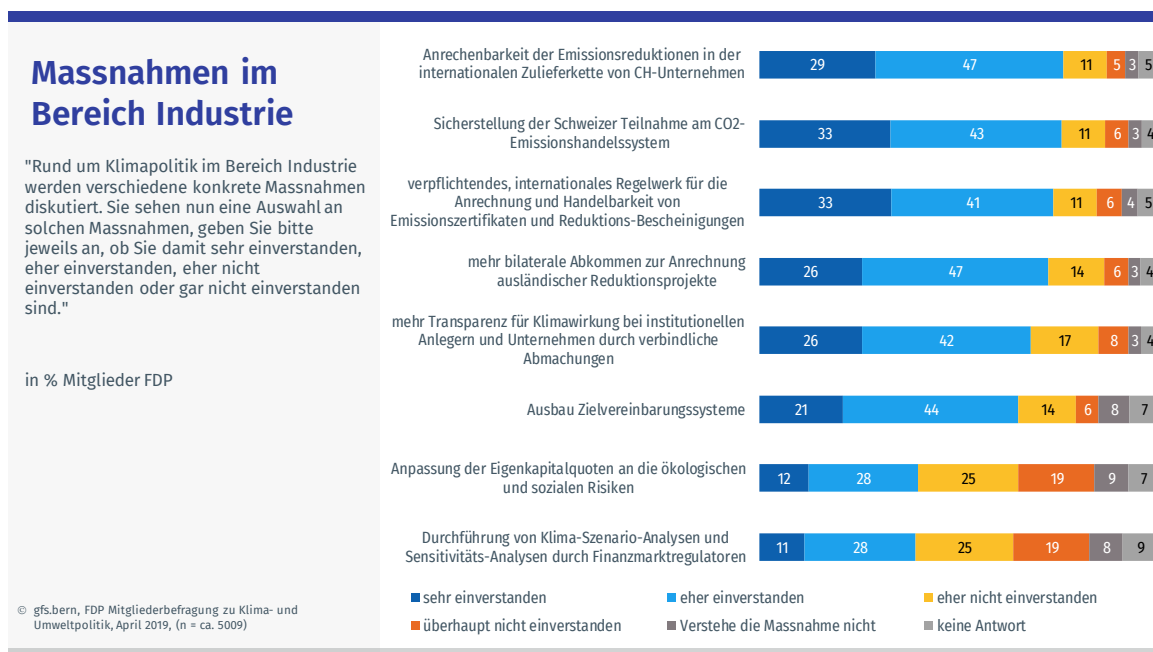
Grafik 18



4.4 Bereich Industrie

Im Bereich Industrie besteht eine breite Zustimmungsmehrheit zu zahlreichen abgefragten Massnahmen. Am häufigsten wünschen sich die Mitglieder die Anrechenbarkeit von Emissionsreduktionen in der internationalen Zuliefererkette, die Sicherstellung der Teilnahme der Schweiz am CO₂-Emissionshandel sowie ein verpflichtendes internationales Regelwerk für die Anrechnung und den Handel mit Emissions-Zertifikaten.

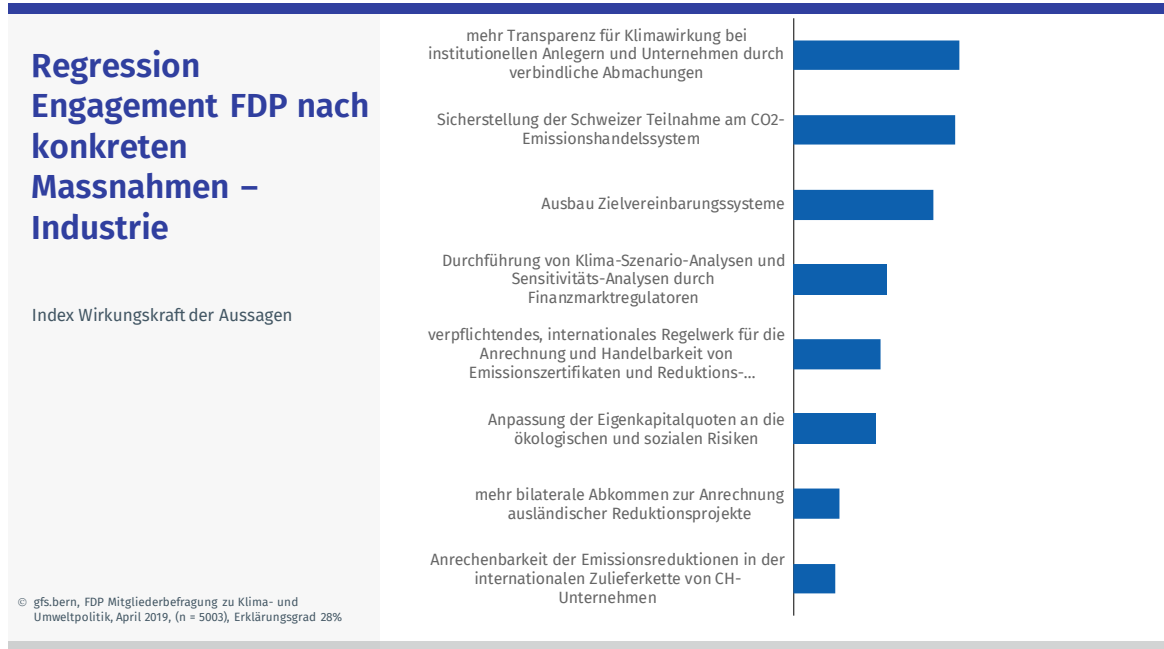
Umstrittener sind dagegen eine Anpassung der Eigenkapitalquoten an ökologische und soziale Risiken sowie Klima-Szenario- oder Sensitivitäts-Analysen durch Finanzmarktregulatoren. Beide Massnahmen werden von einer grösseren Anzahl Mitglieder abgelehnt.



In den Sprachregionen unterscheidet sich die Zustimmung zu den drei am stärksten befürworteten Massnahmen nur geringfügig. In der Westschweiz sind die Mitglieder gegenüber der Sicherstellung der Schweizer Teilnahme am CO₂-Emissionshandelssystem und dem verpflichtenden, internationalen Regelwerk jedoch etwas skeptischer als in den anderen Teilen der Schweiz. Bei einigen Massnahmen sind noch grössere Differenzen festzustellen. So zeigen sich die befragten Mitglieder im Tessin deutlich stärker mit mehr Transparenz für die Klimawirkung durch verbindliche Abmachungen, dem Ausbau der Zielvereinbarungssysteme, der Anpassung der Eigenkapitalquoten an Risiken und der Durchführung von Klima-Szenario- und Sensitivitäts-Analysen einverstanden als die Deutsch- und Westschweiz. Insbesondere die Deutschschweiz ist mit den letzteren beiden Massnahmen nur bedingt einverstanden.

Den stärksten Effekt in Richtung mehr Engagement der Partei hat die Zustimmung zur Transparenz für die Klimawirkung bei institutionellen Anlegern und Unternehmen durch verbindliche Abmachungen. Mit der Sicherstellung der Teilnahme der Schweiz am Emissionshandelssystem und dem Ausbau von Zielvereinbarungssystemen befinden sich zwei weitere hochgradig unterstützte Massnahmen im Katalog der Treiber für mehr

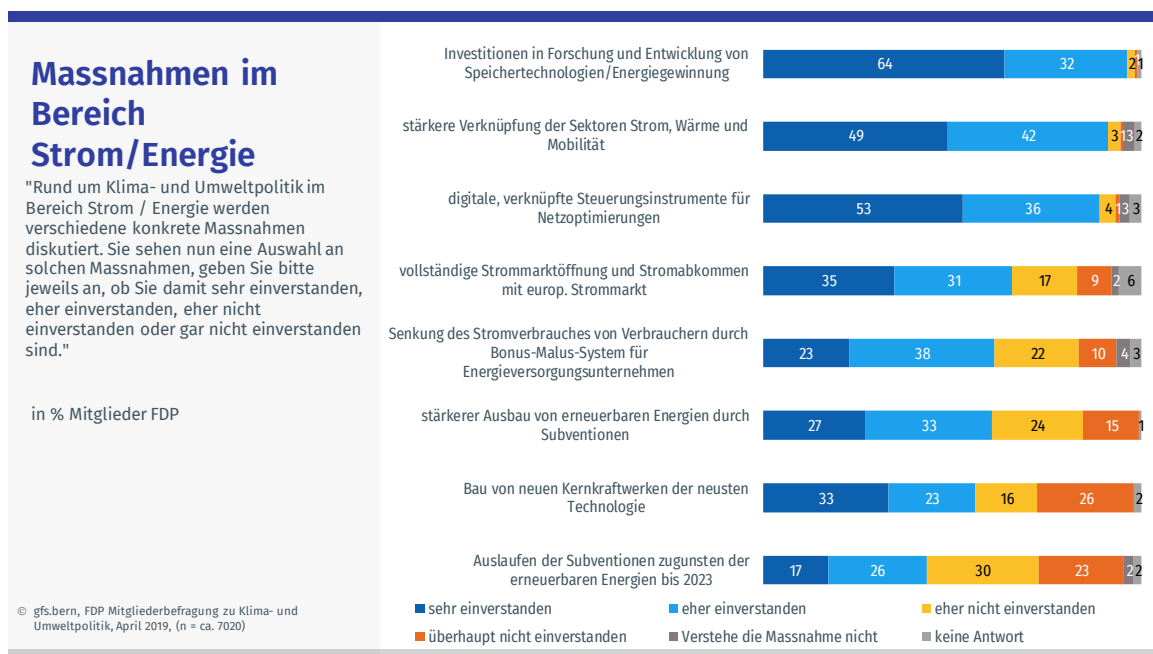
Engagement. Die Anrechenbarkeit der Emissionsreduktionen in der internationalen Zulieferkette von Schweizer Unternehmen entfaltet als meistunterstützte Massnahme hingegen nur geringe Meinungsbildungskraft in Bezug auf das Engagement der Partei. Mit 28 Prozent ist der Erklärungsgrad des Modells jedoch eher tief und erklärt die Meinungen zum künftigen Engagement der Partei nicht abschliessend.



4.5 Bereich Strom/Energie

Die Sicht der Mitglieder auf die Massnahmen im Bereich Strom und Energie ist geprägt vom Glauben an technologischen Fortschritt und Effizienzgewinne durch sektorübergreifendes Handeln und die Digitalisierung. Investitionen in die Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien, eine stärkere Verknüpfung der Bereiche Strom, Wärme und Mobilität sowie verknüpfte Steuerungsinstrumente für Netzoptimierungen gehören nämlich mit Abstand zu den meistgewünschten Massnahmen.

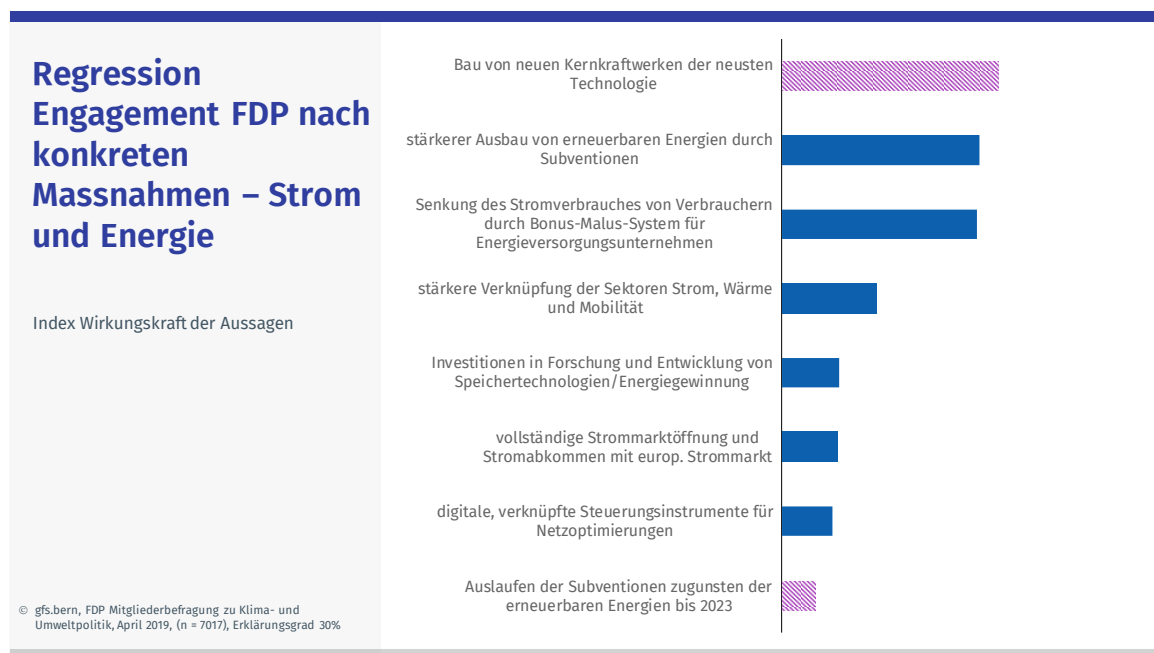
Klare Unterstützung findet sich auch in Bezug auf eine vollständige Strommarktöffnung und ein europäisches Stromabkommen, ein Bonus-System für Energieversorger und den Ausbau von erneuerbaren Energien durch Subventionen. Eine Mehrheit der Mitglieder würde sich auch für den Bau von Kernkraftwerken der neusten Technologie aussprechen. Eine Weiterführung der Subventionen für erneuerbare Energien über das Jahr 2023 hinaus ist im Sinn einer knappen Mehrheit.



Bei den meistgeteilten Massnahmen finden sich fast geschlossene Mehrheiten auch in allen Sprachregionen. So gibt es kaum Abweichungen in der Zustimmung zwischen den drei Regionen. Die deutschsprachigen Mitglieder sehen jedoch in der vollständigen Strommarktöffnung sowie einem Stromabkommen mit dem europäischen Strommarkt und dem Bau von neuen Kernkraftwerken der neusten Technologie mehrheitlich wünschenswerte Massnahmen. In Bezug auf den Bau moderner Kernkraftwerke sprechen sich in der Romandie und der italienischsprachigen Schweiz nur je rund ein Drittel dafür aus, in der deutschsprachigen Schweiz sind es 60 Prozent.

Beim Ausbau von erneuerbaren Energien durch Subventionen dreht sich jedoch das Bild: So sind die italienisch- und französischsprachigen Mitglieder deutlich stärker damit einverstanden als die Deutschschweizer Befragten (FCH: 79%, ICH: 83%, DCH: 57%). Ein Auslaufen der Subventionen für erneuerbare Energien nach 2023 wird in der Deutschschweiz von fast der Hälfte der Mitglieder gewünscht, in der Romandie und der italienischsprachigen Schweiz sind es nur 25 respektive 18 Prozent.

Wer sich für den Bau von modernen Kernkraftwerken ausspricht, wünscht sich im Schnitt auch weniger Engagement von der eigenen Partei. Gleiches gilt auf deutlich tieferem Niveau auch für Subventionen für erneuerbare Energien nach 2023. Wer diese nicht fortführen möchte, will ebenfalls weniger Engagement von der FDP. Wer hingegen für einen Ausbau von Erneuerbaren durch Subventionen und ein Bonus-Malus-System für Energieversorger ist, wünscht sich mehr Aktivität der Partei. Massnahmen mit Stossrichtung sektorübergreifendes Handeln, Digitalisierung und Strommarktöffnung wirken zwar positiv, aber nur schwach auf das Engagement. Die Massnahmen erklären aber nicht allein die Meinungen zum Engagement der FDP im Bereich Strom/Energie, denn mit 30 Prozent ist der Erklärungsgrad eher tief.



5 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse der Mitgliederbefragung zur Klima- und Umweltpolitik wie folgt zusammen:



Die Sensibilisierung auf das Thema Klimawandel und Umwelt ist in der Mitgliederbasis hoch. Von den dringendsten Problemen der Schweiz steht der Umwelt- und Klimaschutz an vierter Stelle. Die Eigenverantwortung ist für die Mitglieder zentral. Rund zwei Drittel der Mitglieder wollen durch ihr eigenes Verhalten einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Forderungen ergeben sich aber auch an die Politik: Man wünscht sich eine proaktivere Klimapolitik, sieht darin aber eine Chance für die Schweizer Wirtschaft.



78 Prozent der Mitglieder wünschen sich künftig mehr Engagement von der Partei im Bereich Klima- und Umweltschutz. Prägende Werte sind dabei Eigenverantwortung, Transparenz, der Abbau von Marktverzerrungen und das Verursacherprinzip. Als Ziel für die Schweizer Politik hat die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens eine Priorität. In Bezug auf konkrete Massnahmen stossen die Förderung von Recycling, privatwirtschaftliche Modelle und eine stärkere Gewichtung des Themas in der Bildung auf die grösste Zustimmung. Technologieverbote lehnen die Mitglieder hingegen ab.



Am wichtigsten beurteilen die Mitglieder mehr Engagement der Partei in den Bereichen Energie und Verkehr. Prioritär im Bereich Energie sind Investitionen in Speichertechnologien und Entwicklung, sektorübergreifende Lösungen und Netzoptimierung durch digitale Technologie.

Handlungsoptionen im Bereich Verkehr werden am stärksten in der Einbindung der Luftfahrt in den Emissionshandel, optimierten Verkehrsflüssen durch die Digitalisierung und in der Einführung einer Flugticketabgabe verortet.

6 Anhang

6.1 Übersicht meinungswirksame Massnahmen auf künftiges Engagement FDP

Die untenstehende Tabelle gibt in verdichteter Form sämtliche Massnahmen aus allen abgefragten Bereichen wieder, die einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Frage haben, ob sich die FDP in Zukunft mehr oder weniger beim Umwelt- und Klimaschutz engagieren soll (abhängige Variable). Ausgangsbasis bildet ein lineares Regressionsmodell, in dem alle abgefragten Massnahmen als erklärende Massnahmen fungieren. Der Erklärungsgrad des Modells beträgt 58 Prozent. Die Koeffizienten aller in der Tabelle aufgeführten Variablen sind auf dem 5%-Niveau signifikant.

Tabelle 3: Massnahmen pro Teilbereich mit Einfluss auf künftiges Engagement der FDP

Individuelle Massnahmen	Wirkungsrichtung auf Engagement FDP
unternehmerischen Aktivitäten auf Klimaneutralität ausrichten	+
bewusst auf ein eigenes Auto verzichten	+
eine energetische Sanierung der Immobilie durchführen oder den Vermieter darauf ansprechen	+
Geld in grüne Finanzprodukte investieren	+
die eigene Unterkunft auf maximal 20 Grad Celsius heizen	-
bewusst energieeffiziente Produkte kaufen	+
Stossrichtungen für Klima- und Umweltpolitik	
strengere Vorschriften gegen umweltschädigende Technologien und Verhaltensweisen	+
Staatliche Förderung von Forschung zu nachhaltigen Technologien	+
Umweltfolgekosten sollen von Verursacher getragen werden	+
Verbote gegen umweltschädigende Technologien und Verhaltensweisen	-
Wunschziele für die Schweizer Klimapolitik	
Pariser Klimaübereinkommen schneller umsetzen als geplant	+
Pariser Klimaübereinkommen wie beschlossen umsetzen	+
Ausstieg aus fossilen Energien bis 2050	+
Schweiz soll mehr im Inland als im Ausland kompensieren	+
Netto-Null-Emissionen von CO ₂ bis 2050	+
Schweiz soll kein fixes Inlandziel definieren	-
Persönliche Einschätzung konkreter Massnahmen	
Förderung des CO ₂ -freien Verkehrs auf der Strasse	+
Klimaschutz in der Bildung stärker gewichten.	+
bessere Anrechnung von klimawirksamen Massnahmen im Ausland von Unternehmen	-
Entwicklungshilfe soll auch für Massnahmen gegen den Klimawandel eingesetzt werden	+
Massnahmen Bereich Verkehr	
Einbindung Luftverkehr in internationale Emissionsreduktionssysteme	+
neue CO ₂ -Lenkungsabgabe auf Treibstoffe, die zurückverteilt wird.	+
Förderung der Elektrifizierung des Strassenverkehrs durch bessere Rahmenbedingungen	+
laufende Senkung gesetzlich festgelegter CO ₂ -Grenzwerte für Neuwagenflotte	+
Einführung einer Flugticketsteuer	+
Massnahmen Bereich Gebäude	
Verbot fossiler Heizsysteme für Neubauten	+

Massnahmen Bereich natürliche Lebensgrundlagen	
kompromisslose Umsetzung des angenommenen RPGs durch Kantone	+
Massnahmen Bereich Industrie	
Sicherstellung der Schweizer Teilnahme am CO2-Emissionshandelssystem	+
Massnahmen Bereich Strom/Energie	
Bau von neuen Kernkraftwerken der neusten Technologie	-
Auslaufen der Subventionen zugunsten der erneuerbaren Energien bis 2023	-
stärkere Verknüpfung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität	+

©gfs.bern, FDP Mitgliederbefragung zu Klima- und Umweltpolitik, April 2019

6.2 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der Kalaidos Fachhochschule und der ZHAW

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ alexander.frind@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden

KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

✉ katrin.wattenhofer@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

✉ jose.kress@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate



LAURA SALATHE

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

✉ laura.salathe@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

✉ noah.herzog@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.